

HORST LADEMACHER

ZU DEN ANFÄNGEN DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE 1863—1878

PROBLEME IHRER GESCHICHTSSCHREIBUNG

(Schluss)

Die Schriften Lassalles geben Aufschluss genug, wie eine Verquickung von allgemeinem Wahlrecht und sozialistischem Staat versucht wird. Es ist dabei auffällig, dass die Forderung nach dem Wahlrecht als notwendige Voraussetzung für den sozialistischen Staat erscheint. So schrieb Lassalle in dem „Offenen Antwortschreiben“: „Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also... nicht nur ihr politisches, es ist auch ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe. Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.“¹ Lassalle identifizierte hier, wie Brandis bereits richtig bemerkt hat, die parlamentarische Demokratie mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung. In der Überantwortung des Staates an die arbeitenden Klassen durch das allgemeine Wahlrecht schien ihm die Voraussetzung für die „freie Arbeit als herrschendes Prinzip der Gesellschaft“ gegeben.² Das allgemeine Wahlrecht als Emanzipationsmittel schuf ihm den politischen Unterbau, auf dem der „soziale Staat“ errichtet werden konnte.

Hinter diesem Verständnis der sozialen Frage als vornehmlich politisch-demokratischem Problem verbirgt sich noch immer der radikale Demokrat Lassalle der 48er Revolutionsjahre. Wollte man es ein wenig überspitzt formulieren, so liesse sich vielleicht sagen, dass der Faden der Demokratie, im Jahre 1849 mit dem Fehlschlag der Revolution abgerissen, in den 60er Jahren mit der Schubkraft der Arbeiterschaft wiederaufgenommen werden sollte, wobei sich nunmehr jedoch, im Lichte der dringlichen sozialen Fragestellung und gemessen auch an den Theorien des Karl Marx, dieser politische Weg leicht als „Demokratismus“ ausnehmen konnte.

¹ Ferdinand Lassalle, *Offenes Antwortschreiben an das Central-Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitercongresses zu Leipzig* (1863) S. 36 f.

² Vgl. dazu Brandis, a.a.O. S. 18 f.

Es gab unter Lassalles Freunden genug, die, obwohl sie seiner Arbeiterbewegung durchaus geneigt waren, den politischen Radikalismus ablehnten. Es war unter ihnen vor allem der Nationalökonom Rodbertus, der Lassalle ermahnte, auf die Reinerhaltung der sozialen Seite seines Kampfes bedacht zu sein. So schrieb er zu Beginn des Jahres 1864 an Lassalle: „Sie würden nach meiner Überzeugung viel stärker werden, wenn Sie ohne Ansehen der Reaktion wie der Revolution die soziale Frage für sich behandelten.“¹ Anzuerkennen, was ihm in diesen Monaten der Wirtschaftstheoretiker zurief, war für Lassalle unmöglich, weil ihm die politische und soziale Zielsetzung als ein zusammenhängendes Ganzes erschien, das nicht geschieden werden konnte. Sieh hier also den Politiker Lassalle, den nicht nur theoretische Einsicht, sondern auch tagespolitische Erfahrung die Verbindung von wirtschaftlichen Gegebenheiten und politischer Forderung erkennen liess, gegenüber dem Nationalökonom Rodbertus, dem sich das soziale Problem zunächst als ein rein wirtschaftswissenschaftliches stellte. Rodbertus stand jedoch der politischen Welt nicht blind gegenüber. Seine scharfsinnigen politischen Analysen, die er in mehreren Briefen an Lassalle gab, beweisen es. Sie dürfen als eine zur ruhigen Besinnung mahnende Komponente zu dem politischen Eifer und der Aktionsfreudigkeit Lassalles gewertet werden. Nicht der Wunsch nach politischer Aktion, sondern die Erkenntnis über die Möglichkeiten der nationalökonomischen Wissenschaft bestimmten Rodbertus' Aussage. Von hier ausgehend konnte er an Lassalle schreiben: „Aber, wie ich schon oft angedeutet, es scheint mir augenblicklich noch gar nicht darauf anzukommen, ob man das Richtige trifft, denn es wird noch viel Wasser bergab laufen, ehe praktisch vorgegangen werden wird. Die Hauptsache bleibt vorläufig, dass die öffentliche Aufmerksamkeit aus der freihändlerischen Verflachung aufgerissen und auf die Tiefen unserer Wissenschaft gelenkt wird, denn, wie ich schon vor Jahren prophezeit habe: der Nationalökonomie ist in der Umformungsarbeit des Staats für den Rest unseres Jahrhunderts die Rolle vorbehalten, die im vorigen Jahrhundert das ‚Naturrecht‘ und ‚natürliche Staatsrecht‘ gespielt haben.“² Für den Analytiker Rodbertus schien die Zeit für eine politische Umwälzung noch nicht reif. Er meinte, die organisierte Arbeiterbewegung könne sich nur insofern als zweckvoll erweisen, als sie doch eine „ungeheure Lehrstunde für das Volk“ darstelle. So sehr auch Rodbertus überzeugt war, dass die manchesterliche Zeit des „laissez-faire“, diese Phase des individualistischen Gewährenlassens, nichts weiter sein konnte als der Auflösungsprozess zu einer höheren

¹ Ferdinand Lassalle, *Nachgelassene Briefe und Schriften*, VI (1925) S. 375. 2. Januar 1864.

² Lassalle, VI, S. 358 ff. 29. Mai 1863.

Staatenordnung, so schien der politisch-„revolutionäre“ Weg nicht geeignet, um die auf Jahrhunderte berechnete Entwicklung zu beschleunigen. Ja, die Zeit Lassalles dünkte ihn besonders ungünstig, und warnend schrieb er im Mai 1863 an den Arbeiterführer: „Ich fürchte, sie täuschen sich in der Signatur der Zeit, wenn Sie glauben, auf dem genannten Wege zum Ziel zu kommen. Sie ist dem Cäsarismus günstiger als irgendeine andere Form... Der Cäsarismus gehört auch zu den Listen ihres Weltgeistes“, und einige Tage später ergänzte er diese Worte: „Die revolutionären Kräfte Europas sind heute schwächer und zersplitterter als vor 10 Jahren und paralysieren sich deshalb. Und dies ist immer noch die Spalte gewesen, durch welche der Cäsarismus auf die Welt gekommen.“¹ Rodbertus' Blick galt Frankreich und dem Beispiel des Louis Bonaparte, wenn er von Cäsarismus sprach. Und nicht nur ihm, sondern noch vielen Zeitgenossen, die innerhalb der Arbeiterbewegung dem republikanischen Staatsgedanken nahestanden, galt die „cäsaristische Folge“ des allgemeinen Wahlrechts als warnendes Zeichen. Vorsichtig stellte man vorab die Frage, ob denn das Bewusstsein des Arbeiters die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht rechtfertigte. August Bebel verneinte sie und formulierte in seinen Erinnerungen: „Wenige Tage vor dieser Veröffentlichung (Lassalles Offnes Antwortschreiben, d.V.) hatte ich auf dem 2. Stiftungsfest des gewerblichen Bildungsvereins die Festrede gehalten, in der ich mich gegen das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht aussprach, weil die Arbeiter dafür noch nicht reif seien.“²

Es hat die Besorgnis um eine „unverfälschte Demokratie“ Lassalle wegen seiner Gespräche mit Bismarck den Tadel seiner Zeitgenossen eingetragen, die Bonapartismus so verstanden, wie der Konservative Wagener ihn schon 1860, im Bangen um die überkommene Monarchie, im Staats- und Gesellschaftslexikon formuliert hatte: als den „heutigen sozialen und politischen Zuständen entsprechende Gestaltung des Cäsarismus“, dessen Hauptwerkzeuge Armee, Kirche, Konspiration, Presse und Börse waren.³

Die Wendung Lassalles zu Bismarck hat diese Besorgnis noch erhöht und Zweifel an Lassalles politischer Integrität genährt, wobei – vor allem in den ersten Jahren nach seinem Tode – nicht allein theoretische Erwägungen angestellt wurden. So massen Marx und Engels darüber hinaus Lassalles politische Fähigkeiten an dem Ergebnis der Verhandlungen mit Bismarck. Und ihr Urteil wird man kaum als

¹ Lassalle, VI, S. 342ff. 9. Mai 1863 und 350 f. 13. Mai 1863.

² Bebel, I, S. 72.

³ Band IV, S. 259-277, Vgl. auch Engelberg, a.a.O. S. 241.

wohlwollenden Nachruf auf Lassalle bezeichnen können.¹ Der Wunsch, den demokratischen Staat zu verwirklichen, führte Lassalle völlig von der Fortschrittspartei ab und zu Bismarck hin. Und die Zeitgenossen, deren ungeteilten Beifall er nicht fand, stellten die gewiss berechnete Frage, wie weit der Demokrat Lassalle in den Unterhandlungen mit Bismarck noch Republikaner sein durfte. Vom republikanischen Standpunkt aus gesehen lag der Gedanke einer politischen Konspiration nahe.²

Ein erster Blick mag den sachlichen wie persönlichen Voraussetzungen dieser kurzen, in ihrem Ergebnis wohl fruchtlosen, für den Historiker jedoch um so interessanteren Verbindung gelten. Es stand hier der politische Agitator, der ebenso systematisch wie kühn versuchte, die Arbeiterschaft zu organisieren, um sie als selbständigen Machtfaktor zwischen Liberalen und Konservative zu stellen; es trat dort der preussische Staatsmann auf, der nicht nur die Macht des Staates hinter sich hatte, sondern darüber hinaus seine Entschlüsse „realpolitischer Vernunft“ unterwarf. Politisches Misstrauen beherrschte das Denken Lassalles, noch ehe er die erste Unterhaltung mit dem Ministerpräsidenten geführt hatte. Und wenn er vorgab, „mit dem Teufel Kirschen essen zu wollen“, so war das nicht nur ein Zeichen vorlauten Selbstbewusstseins, sondern auch ein Merkmal des Argwohns, den er dem Staatsmann gegenüber hegte. Die Sorge um die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung liess Lassalle anfänglich auf einer Arbeiterversammlung noch ausrufen: „Glaubt Ihr, ich würde Euch der Reaktion in die Hände geben?“ Im Konzept zu der Rede hatte noch das Wort „Bismarck“ für „Reaktion“ gestanden.³ Es ist bezeichnend, dass Lassalle jede politische Regung, die das gespannte Verhältnis zwischen den Liberalen und Bismarck und die Beschäftigung Bismarcks mit der sozialen Frage betraf, aufmerksam verfolgte, um seine politischen Möglichkeiten hieran zu messen, wobei hier zugleich die Frage nach der vernünftigen Einschätzung seiner Lage gestellt ist. Lassalle war selbst Politiker genug, um zu wissen, dass ihm mit Bismarck ein Staatsmann gegenübertrat, der sich nicht nur politisch erfolgreich qualifiziert hatte, sondern auch kraft seiner

¹ Engels an Marx: „Der brave Lassalle entpuppt sich nach und nach doch als ein ganz kommuner Schuft. Wir sind nie davon ausgegangen, die Leute zu beurteilen nach dem, was sie sich vorstellten, sondern nach dem, was sie waren, und ich sehe nicht, warum wir bei Itzig selig eine Ausnahme machen sollten... Dabei scheint der dumme Geck sich von Bismarck aber auch gar keine Gegenleistung, gar nichts Bestimmtes, geschweige Garantien ausbedungen zu haben, sich bloss darauf verlassen zu haben, er *müsse* den B(ismarck) bescheissen...“ Karl Marx/Friedr. Engels, Briefwechsel III S. 260 ff. 27. Januar 1865.

² Zu den einzelnen Verhandlungsschritten s. Gustav Mayer, Bismarck und Lassalle (1928).

³ Lassalle, VI, S. 265. 17. und 19. Mai 1863.

Stellung den günstigeren Ausgangspunkt besass, aber es bleibt doch fraglich, ob der Sozialpolitiker und politische Agitator Lassalle den Staatspolitiker Bismarck und dessen wesentlich von aussenpolitischen Erfordernissen gelenkte politische Denkweise genügend durchschaut hat. Es ist nicht zu verkennen, dass Bismarck wohl durchaus die Möglichkeit besass, das Gesetz des Handelns zu bestimmen. Weder die Bewusstseinslage noch die Zahl der organisierten Arbeiter zu Lassalles Zeiten waren bedeutsam genug, um dem Arbeiterführer ausreichende politische Stütze geben zu können.

Dass Bismarck auch ohne ihn bzw. seine Bewegung die Initiative in der Politik zur sozialen Frage ergreifen konnte, musste auch Lassalle erkennen. So schrieb er nach dem Empfang der schlesischen Weber am Berliner Hof an Sophie von Hatzfeldt: „Was Bismarcks eigentliche Absicht ist, ist unschwer zu durchschauen. Im wesentlichen ist sie jedenfalls diese. Er hat, wie ich Ihnen bereits voriges Jahr sagte, von Anfang an den Wunsch gehabt, womöglich das soziale Element der Arbeiterschaft durchzuführen, moins das politische. Da ich nicht bereit war, hierauf einzugehen, versucht er es jetzt mit den Arbeitern direkt... Er hätte die Macht dann ganz allein und brauchte mit niemand abzurechnen, nicht mit Volk, Kammer, noch Bewegung.“¹ Aus den Worten Lassalles spricht nicht nur Misstrauen. Hier liegt auch schmerzhaftes Wissen um den grösseren politischen Spielraum des Ministerpräsidenten verborgen.

Mochten solcher Art auch die Voraussetzungen für die politische Zusammenarbeit beider sein, mochte Misstrauen die anfänglichen Schritte Lassalles bestimmen, so lassen die Quellen doch auch den Schluss zu, dass sich die „Partner“ persönlich durchaus schätzen gelernt haben, obwohl sich der Historiker nur auf Bismarcks Aussagen stützen kann, die dieser rund 15 Jahre später in einer Reichstagssitzung zum „Gesetz über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ machte. Auch wenn man die Zeitumstände, unter denen die Äusserungen über Lassalle fielen, in Betracht zieht, wird der Wahrheitsgehalt der Worte kaum grundsätzlich angezweifelt werden können. Bismarck sprach über den Menschen Lassalle und rief aus: „Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann ausserordentlich anzog. Er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe.“² Die wenigen Worte zur Persönlichkeit Lassalles sind dem Historiker reizvoll genug, um sich hier den protestantischen Junker in geistvollem Gespräch mit dem jüdischen Bürger vorzustellen, persönlich einander nähernd, sachlich

¹ Vgl. Mayer, Politische Aktion Lassalles S. 96.

² Bismarck. Gesammelte Werke VII, Rede vom 17. 9. 1878.

jedoch den Abstand wahren. Sieht man hier Lassalle, dessen politische Funktion sich bis dahin doch in der Agitation erschöpft hatte, an der Schwelle zur grossen Politik gegenüber einem Mann, der Politik auf einem ganz anderen Hintergrund trieb, dann wird bei aller Kürze die Zeit der Unterhandlungen als eine bedeutungsvolle Episode im Leben Lassalles bezeichnet werden dürfen.

Bismarck blieb in seiner Rede nicht beim Urteil über Lassalle stehen. Er deckte darüber hinaus noch einmal die gesamte Problematik jener kurzen Allianz auf, wenn er sagte: „Was hätte mir Lassalle bieten und geben können? Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des eine Sache, die im Hintergrund steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muss, was kannst du armer Teufel geben? – er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können.“ Sieh hier die Möglichkeiten Lassalles im Urteil Bismarcks! Gegenüber der Maxime do ut des nahm sich sein Angebot zu gering aus, und wenn Marx und Engels noch nach Lassalles Tode bemängelten, dass Lassalle keine Forderungen gestellt habe, dann verkannten sie wohl aus ihrer Londoner Sicht gründlich die politischen Möglichkeiten Lassalles. Es ist unzweifelhaft, dass Lassalle den Ministerpräsidenten für seine Gedanken, wie den der Produktiv-Assoziation, hat interessieren können, aber es ist ebenso eindeutig, dass Lassalle darüber hinaus Vorschläge gemacht hat, die mit seinen ursprünglichen Überlegungen schwerlich in Einklang zu bringen sind. In der oben zitierten Rede wies Bismarck auf solche Vorschläge hin, wenn er sagte: „...ein Mann (Lassalle, d.V.), der ehrgeizig im grossen Stil war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaiserthum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt.“¹ Selbst wenn man sich vergegenwärtigt, dass diese Worte insbesondere an August Bebel und Genossen gerichtet waren, so können sie nach Mayers Publikation² wohl kaum noch als eine reine Zweckäusserung angesehen werden. Und wenn Bismarck in dem monarchisch gesinnten Lassalle einen im „hohen Stil“ ehrgeizigen Mann sah, der lediglich noch nicht gewusst habe, „ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschliessen sollte“, dann steckt in diesen etwas überpointierten Formulierungen ein weitgehend zutreffendes politisches Charakterbild. Lassalle schickte nämlich am 8. Juni 1863 an Bismarck die Vereinsstatuten und legte einen Brief bei, der hier ausführlich zitiert werden muss. „Es wird Ihnen aus diesem Miniaturgemälde“, so hiess es, „deutlich die Über-

¹ S.o. S. 371, Anm. 2.

² S.o. S. 370, Anm. 2.

zeugung hervorgehen, wie wahr es ist, dass sich der Arbeiterstand instinktmässig zur Diktatur geneigt fühlt, wenn er erst mit Recht überzeugt sein kann, dass dieselbe in seinem Interesse ausgeübt wird, und wie sehr er daher, wie ich Ihnen schon neulich sagte, geneigt sein würde, trotz aller republikanischen Gesinnungen – oder vielmehr gerade auf Grund derselben – in der Krone den natürlichen Träger der sozialen Diktatur, im Gegensatz zu dem Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft zu sehen, wenn die Krone ihrerseits sich jemals zu dem – freilich sehr unwahrscheinlichen – Schritt entschliessen könnte, eine wahrhaft revolutionäre und soziale Richtung einzuschlagen und sich aus einem Königtum der bevorrechtigten Stände in ein soziales und revolutionäres Volkskönigtum umzuwandeln.”¹ Das waren Gedanken, die er ein Jahr später im Hochverratsprozess noch einmal öffentlich aussprach, ebenso wie er sich Viktor Aimé Huber gegenüber brieflich in diesem Sinne äusserte.² Dass Lassalle diesen Brief den Vereinsstatuten beilegte und gleichsam aus der Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die auf seine Persönlichkeit zugeschnitten war, auf die Möglichkeit einer „sozialen Diktatur“ überhaupt schloss, wird vielleicht auf eine egozentrische Persönlichkeit schliessen lassen, die sich selbst geeignet genug hielt, die „soziale Diktatur“ auszuüben.

Dabei stellt sich notwendig die Frage, welches geistige Verhältnis der Agitator zur Arbeiterklasse überhaupt hatte, der ja nicht aus dieser Schicht emporgewachsen war, sondern – gleichsam von aussen kommend – zur Sammlung aufgerufen hatte. Darüber hinaus wird man sich noch einmal die politischen Motive vor Augen führen müssen, die Lassalle zu diesem Schritt veranlasst haben. Es ist dabei deutlich, dass Lassalles heftiger Kampf in erster Linie dem Bürgertum galt, das sich gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts kehrte; es ist ebenso auffällig, dass er in Bismarck einen Partner in diesem Streit zu finden hoffte – mit Recht – wobei hier unerörtert bleiben soll, ob sittliches Bedürfnis oder politisches Kalkül bei Bismarck die Einführung des allgemeinen Wahlrechts bestimmt haben. Es kann darüber hinaus kaum bestritten werden, dass sich Lassalle seiner begrenzten politischen Möglichkeiten gegenüber Bismarck anfänglich nicht ganz klar war. Dass er aber im Jahre 1864 ein so massives Angebot noch einmal wiederholte, wird man als Folge der Erkenntnis, im politischen Geschäft der Schwächere zu sein, werten dürfen,³ wobei man nicht ausser

¹ Mayer, Bismarck und Lassalle S. 59 ff. (8. Juni 1863).

² Vgl. dazu Gustav Mayer, *Lassalleana*. In: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, I, S. 181 ff.

³ Vgl. Mayer, Bismarck und Lassalle S. 22.

acht lassen sollte, dass ein solches Angebot durchaus dem Ehrgeiz „im hohen Stil“ entsprach. So wäre es wohl auch verfehlt, bei dem Republikaner („von Kindesbeinen an“) eine grundsätzliche Wandlung zum Monarchisten feststellen zu wollen. Vielmehr wird man sein Verhalten als ein Übergewicht des Politikers Lassalle gegenüber dem „prinzipiellen“ Staatstheoretiker Lassalle interpretieren müssen. Dass er sich als überzeugter Republikaner ausgab und sich im gleichen Atemzug anbot, die „Fahne des sozialen Königtums“ hochzuhalten, um „mit der konstitutionellen Rumpelkammer“ aufzuräumen, lässt sich ebenso nicht als politisches Paradoxon benennen. Man wird es hier als nüchternes politisches Kalkül ansehen dürfen, das sich nur noch auf diesem Wege eine Möglichkeit zur Lösung der sozialen Frage ausrechnete. Das alledem jedoch der Geruch des Opportunismus anhing, ist deutlich. Es wird darüber hinaus nicht unbeachtet bleiben können, dass sich in seinem Ruf nach dem „sozialen Volkskönigtum“ ein bei ihm stark ausgeprägter nationaler Zug nach vorn drängte. Gleich den Konservativen Wagener und Huber wird Lassalle hier vielleicht an das altpreuussische Königtum gedacht haben, deren Träger, die Hohenzollern, ihr Amt bisher als „*officium nobile*“ gegenüber den schwachen Untertanen aufgefasst hatten. Und liesse sich hier nicht eine Verbindung ziehen zu seiner Vorliebe für den Spätromantiker Richard Wagner, die er in einem Brief an Hans von Bülow im Jahre 1862 kundtat, als er vom „germanischen Genius“ und „gewaltigen Volksgeist“ schrieb?

Bei alledem wird man weiter sein Verhältnis zur Arbeiterschaft untersuchen müssen. Es steht fest, dass Lassalle, dessen äusserer Habitus und Lebensstil so sehr jeder Verbindung mit dem Proletariat entbehrte, bei den Arbeitern als prinzipientreuer Republikaner galt. Und auch bei seinen politischen Gegnern herrschte die Meinung, dass Lassalle die Republik als einzige, für den vierten Stand mögliche Staatsform ansah.¹ Aber wie heftig er auf Versammlungen auch die Republik forderte und eine entsprechende Bewusstseinslage der Arbeiterschaft als gegeben annahm, seine Briefe täuschen nicht darüber hinweg, dass sein Urteil über die geistige Reife der Arbeiter nichts weniger als fest gegründet war. Sein Briefverkehr mit Rodbertus, Franz Ziegler und anderen Zeitgenossen zeigt deutlich, dass er für Zweifelnde ein offenes Ohr hatte und oft selbst von den Zweifeln seiner Freunde erfasst wurde. Und est ist wohl eine berechtigte Frage, ob sich nicht bei Lassalle das Wissen um seine vorläufige Machtlosigkeit offenbarte, wenn er in Berlin gleich 500.000 Arbeiter forderte, während er durchaus wusste, dass die Zahl seiner Anhänger vorerst noch nach Hunderten zählte. Ebenso wie ihn, den „völlig formulierten

¹ So in einem Brief Otto Dammers an Lassalle vom 11.2.1863. Lassalle, V, S. 81 f.

Menschen"¹, wohlwollende Stimmen aus anderen Bereichen der Gesellschaft (Ketteler) freudige Hoffnung schöpfen liess, da er sich durch sie vor allem bestätigt sah, so liess ihn die mahnende Aufforderung Rodbertus' und Zieglers, sich nicht über die politische Qualifizierung der Arbeiterschaft zu täuschen, doch zurückschrecken; denn wie sonst hätte er in einem Brief an Wilhelm Rüstow schreiben können: „Worauf ich allein sehe ist der Arbeiterstand... Ist der Arbeiterstand noch so weit zurück, dass man ihn in seiner ungeheuren Majorität unter dem Fortschrittsbanner festhalten und gegen meine Bewegung votieren machen kann, ist er noch so unreif und schon so entmannt, ja, dann ist's für ein Dezennium mindestens zu früh. Dann lässt sich nichts machen."²

Der Schreiber des „Heraklit“, der Mann der wissenschaftlichen Deduktion, der die zukünftige gesellschaftstragende Funktion des vierten Standes als historisch notwendig ansah, liess sich nun durch Mittelmänner vom Stand der Bewusstseinslage berichten, um dann zu erfahren, dass die gedachte Einmütigkeit noch lange nicht erreicht war und grosse Unterschiede in den einzelnen preussischen Gebieten bestanden.³ Man war doch froh, wenn sich nach und nach einzelne Arbeiter zur Bewegung fanden und aus den Arbeitervereinen der Fortschrittler gelöst wurden.

Die von Lassalle vertretene historische Notwendigkeit der Herrschaft des Proletariats zeigte sich vorerst als eine Herrschaftsmöglichkeit, was auch Lassalle, tagespolitische Erfahrung sammelnd, durchaus gesehen haben wird. Und man wird von hier aus – ohne dabei seinen zum Teil vom Ehrgeiz bestimmten politischen Opportunismus ausser acht lassen zu wollen – vielleicht seinen Diktaturgedanken verstehen können, den er dann, von der Parteiorganisation analog schliessend, auf eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung übertrug. So erscheint auch Vahlteichs nachträglich abfälliges Wort über Lassalles „lächerliche Diktaturspielerei“ nicht ganz gerechtfertigt, zumal er es war, der neben Dammer und Fritzsche dem Agitator die Führung der Arbeiterbewegung antrug, die, wie sie schrieben, „der umsichtigsten und kräftigsten Leitung“ bedurfte.⁴

V

Es sollte sich bald zeigen, dass weder die Arbeiterbildungsvereine noch die Bewegung Lassalles die soziale Frage einer Lösung zu nähern

¹ So bezeichnete ihn Ziegler in einem Brief vom 27.2.1863, ebd. S. 92 ff.

² Ebd. S. 76 ff.

³ Vgl. dazu den Brief von Gustav Lewy an Lassalle vom 9.2.1863, Ebd. S. 79 ff.

⁴ Ebd. S. 59 ff. 4.12.1862 und Julius Vahlteich, Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung (o.J.). S. 62 ff.

vermochten. Die Arbeitervereine verwiesen auf den unpolitischen Weg der Bildung und glaubten, das Problem umfassend an der Wurzel ge-griffen zu haben. Indem sie die immateriellen Güter als die wesent-lichen betrachteten und so versuchten, das Politische auszuschalten oder höchstens nationalpolitisch wirksam werden zu lassen, verkann-ten sie, dass zwar Bildung nähergebracht, die Anfälligkeit für Poli-tisches aber auch erhöht werden konnte. Lassalle hingegen, auf einem sozialpolitischen Programm fussend, agitierte für das allgemeine Wahlrecht als unerlässliche Vorbedingung und geriet auf diesem Wege derart ins Politische, dass man mit Recht in manchen Kreisen um das Soziale zu bangen begann und die Frage nach der Identität von poli-tischer und sozialer Bewegung stellte. Gerade jene Verzahnung beider Bereiche galt nicht gewährleistet, solange sich die politische Führung Bismarck zuwandte (6 Artikel Schweitzers), der obendrein bewies, dass er auch ohne die Sozialdemokraten auszukommen vermochte, als er dem Norddeutschen Bund das allgemeine Wahlrecht mitgab. So musste sich Schweitzer 1868 vom „Demokratischen Wochenblatt“ vor-werfen lassen: „Freilich, Eine für Herrn Schweitzer ‘Neue Weisheit’ wurde in Nürnberg verkündigt: dass die soziale und die politische Bewegung identisch sind, dass der Sozialismus nur in demokratischer Staatsform verwirklicht werden kann und dass jeder sog. ‘Sozial-demokrat’, der um die Gunst des Cäsarismus buhlt und die Arbeiter durch sozialistische Kraftphrasen vom Pfad der politischen Pflicht wegzulocken versucht, ein Verräter ist an der Sache des Sozialismus sowohl wie der Demokratie.“¹ Sieh da, wie anrühlich bereits das Lassallesche Erbe geworden war! Sieht man einmal ab vom „süd-deutschen Gehalt“ dieser Anklage, so mag man dort, wo der „Sozial-demokrat“ und „Cäsarismus“ in einem Atem genannt werden, zu-gleich einen Angriff gegen die Lassallesche Parteiorganisation erkennen, die ehemals auf Lassalle, nunmehr auf Schweitzer zugeschnitten war. Die zu starke Stellung des Präsidenten erwies sich bald deutlich als Schwäche der Organisation. Das konnte Bebel und seinen Freunden nicht fremd bleiben, die nicht nur aus funktionellen Gründen, sondern auch aus prinzipiellen Bedenken die „lächerliche Diktaturspielerei“ überwinden wollten und bald eine ungleich andere Organisation ins Werk setzten. Das „Demokratische Wochenblatt“ forderte so Abkehr von der „Personenvergötterung“. „Lächerliche Schwärmer“, so hiess es im März 1869, „ob ihr euren Gott Buddha, oder Jesus, oder Lassalle nennt, das ist ewig einerlei; ihr braucht eine Autorität, weil ihr die Vernunft nicht kennt...“² Dem Artikel wird man dabei mehr als nur propagandistischen Wert beimessen müssen. In längeren Ausführun-

¹ Demokratisches Wochenblatt, 26. September 1868.

² Demokratisches Wochenblatt, 27. März 1869.

gen wurde ganz deutlich die revolutionäre Idee als wirkendes Prinzip der Geschichte angesprochen und der Kampf um sie als eine „kollektive Aktion“ gefordert.¹ Im Sinne der Einordnung des Einzelnen ins Ganze, des demokratischen Primats also, glaubte man auch, die Parteiorganisation aufbauen zu müssen, und so setzte man an Stelle eines Präsidenten einen in seinen Machtbefugnissen scharf begrenzten und kontrollierbaren Parteiausschuss, „wodurch jede ‘Führerschaft’ beseitigt und der Herrschaft einer einzelnen Person ein für alle Mal ein Ende gemacht“ sein sollte.²

Und so, wie man sich gegen individualistische Auswüchse wehrte, führte man das Denken überhaupt auf einen neuen Grundansatz zurück. Typisch dafür war die Nürnberger Resolution zum Basler Eigentumsbeschluss. Man dachte von der Gesellschaft her und ordnete die Ansprüche der Gesellschaft denen des Individuums über, wobei es von hier zum Gleichheitsgedanken nur ein kurzer Schritt war. In einer Diskussion zwischen Bebel und Julius Frese trat jener Gegensatz zum politischen Individualismus besonders zutage.³

So, wie das Auftreten der Eisenacher einen ersten Schritt zur Überwindung der organisatorischen Schwäche der Arbeiterbewegung bedeutete, stellte es zugleich eine ideologische Intensivierung des politischen Lebens dar. Es stellte sich erneut – wie eigenartig auch immer – die Frage nach der Revolution. Sie war bei Lassalle bereits formuliert, in der Agitation gegen die Fortschrittler aber kaum ausreichend beantwortet worden, sieht man von der Äusserung Lassalles ab, dass ihm „allgemeines Wahlrecht“ Revolution bedeute. Die Sorge um die Bewusstseinslage der Arbeiter galt darüber hinaus als vornehmstes Problem. Auch Lassalle hatte diese Frage gestellt und hoffnungsfreudig hier, resignierend dort, beantwortet. Man vermisst bei Lassalle zähen und ausdauernden Gestaltungswillen, der vielleicht auch nicht erwartet werden durfte. Abgesehen davon, dass die Arbeiterbildungsvereine einen günstigen Ansatzpunkt zur Aufklärung der Arbeiter boten, war es eben der unbedingte Wille zur Selbstbildung, verbunden mit einer auf Breitenarbeit bedachten Organisation, die die Aufnahmebereitschaft und -fähigkeit förderte. Und diese Bewusstseinsbildung erhielt nunmehr insofern einen neuen Akzent, als man versuchte, die Bewegung in einen internationalen Verband zu stellen. Von der Schweiz aus bemühte sich J. Ph. Becker um dieses Vorhaben, von

¹ „Jeder, der zur demokratischen Fahne geschworen, muss sich als einzelnes Glied einer Kette von Geistern fühlen, deren gemeinsames Ziel die Verwirklichung der revolutionären Idee ist.“

² Bebel, *Aus meinem Leben*, II (1911) S. 114 f.

³ Vgl. dazu Mayer, *Trennung* S. 61 f.

London aus stellten sich Marx und Engels diese Aufgabe. Dass sie dabei auf mancherlei Schwierigkeiten stiessen, die weniger am guten Willen der sozialdemokratischen Bewegung, als vielmehr an widrigen Umständen lagen, mag hier am Rande erwähnt bleiben. Hier lag das Wagnis der Eisenacher, dass sie sich gerade zu jenem Zeitpunkt auf die Seite der Internationalen stellten, als andere Parteien die Lösung der nationalen Frage als vornehmste Aufgabe erkannten und im nationalen Bereich nach dem Krieg gegen Österreich ein erster Schritt nach vorn getan war. Dass ausgerechnet eine Partei, der es an Anerkennung von bürgerlicher und konservativer Seite gebrach, den nationalpolitischen Rahmen sprengen musste, liess sich leicht als Zeichen gefährlicher Traditionslosigkeit deuten. Und Ereignisse wie die Pariser Kommune waren nicht geeignet, den Eindruck von der Gefahr des internationalen „roten Gespenstes“ zu verwischen.

Getragen und gestaltet wurde die Bewegung anfänglich von einer Gruppe von Persönlichkeiten, die dem Betrachter ein sehr heterogenes Bild bietet, und es durfte in dieser Zusammensetzung weder einheitliches Handeln noch gleiche Weltanschauung erwartet werden. Es ist von hier aus zu verstehen, dass theoretische Unsicherheit im Hinblick auf die Rezeption Marxscher Gedanken in den ersten Jahren ein bedeutsames Merkmal der Partei war. Verschiedenartigkeit der Herkunft sowie des frühen politischen und geistigen Erlebens dürfen durchaus als wesentliche Elemente auf dem Wege der ideologischen und auch politischen Entwicklung angesehen werden.

Es ist eigentümlich zu sehen, wie hier der hessische Bürgersohn Liebknecht neben dem Drechsler Bebel aus den Kölner Vorortkassematten der Partei die Form zu geben trachtete. Bebel vermochte in den Arbeitervereinen erstmals politisch tätig zu werden. Seine Erinnerungen machen deutlich, welch engen Kontakt er in dieser Umgebung mit den Arbeitern pflegen konnte. Neben ihn trat der süddeutsche Demokrat, der die Revolution von 1848 zwar jung, aber politisch doch völlig bewusst erlebt hatte, um sich dann in der nächsten Umgebung von Marx und Engels das theoretische Rüstzeug zu holen. Wie weit er die Theorien der beiden Londoner verarbeitet hat, mag hier ausser acht bleiben. Deutlich fühlbar ist jedoch bei ihm, dass ihn jene süddeutsche feindliche Haltung gegen Preussen als Revolutionsreminiszenz auch in der Politik der Arbeiterbewegung noch eigen war, und ein etwas überpointiertes, in mancher Hinsicht aber wohl zutreffendes Bild gibt Franz Mehring¹, wenn er sagt, dass Liebknecht „in den Bewegungsjahren nur auf badischem und schweizerischem Boden, den Ursitzen der Kantönlpolitik, tätig war. Preussen war ihm

¹ Franz Mehring, *Aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung*. In: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus u.d. Arbeiterbewegung*, I, S. 119.

immer noch der vormärzliche Vasallenstaat des Zarismus, der sich mit den verächtlichen Mitteln der Korruption der modernen Ideen erwehre und vor allem über den Haufen gerannt werden müsse, ehe an moderne Klassenkämpfe in Deutschland zu denken sei." Nicht selten setzte hier die Kritik von Marx an seinem Schüler an. Schon bei Liebknecht wurde klar, wie schwierig es war, politische Theorie mit der Praxis in Einklang zu bringen. Dieses Problem stellte sich dem Königsberger Johann Jacoby auf eine andere Weise. Der Ostpreusse kam von Kant her und mass die politischen Gegebenheiten an den Forderungen des kategorischen Imperativs. Mochte er auch mit Marx die klassische Philosophie als Berührungspunkt haben, von einer Gesinnungsgemeinschaft wird man kaum sprechen können. Jacoby wollte vom proletarischen Klassenkämpfe nichts wissen. Liebe und Güte, Opfer und Zugeständnisse der Arbeitgeber gegenüber ihren Arbeitern erwartete er, und aus moralischen Gründen sollte der Staat mit Arbeiterschutzgesetzen und der Förderung des Genossenschaftswesens nachhelfen.¹ Es fehlt Jacobys politischer Tätigkeit in jenen Jahren der druckvolle Wille zur Aktion, und es ist auffällig, wie der Kantianer von der Gegenseite die „gute Tat“ als moralische Aktion erwartete, weniger aber den politischen Kampf der Bewegung forderte. So zog er sich bald die Kritik von Marx zu, der im November 1869 an Engels schrieb: „Das blosse stumme Einhüllen in die Tiefe der eigenen sittlichen Entrüstung lockt keinen Hund vom Ofen.“² Und vielleicht wird ihn diese Haltung der „sittlichen Entrüstung“ dazu bestimmt haben, den einmal errungenen Sitz im Reichstag wieder zur Verfügung zu stellen. Es entsprach durchaus seinem Wesen, wenn er die Kandidatur lediglich als Protestkandidatur aufgefasst hatte.

So wird man neben Jacoby Friedrich Albert Lange sehen, der in Schillers philosophischen Gedichten, die den kategorischen Imperativ Kants „in freie und schöne Sittlichkeit auflösen“, sein eigenstes Bekenntnis sah.³ Der Weg Langes blieb vom wissenschaftlichen Sozialismus unberührt. Er suchte nach einem neuen geistigen Prinzip, das den Menschen in seiner Totalität ergriff und eine gleichermassen staatliche, gesellschaftliche und ethische Revolution implizierte. In seiner moralischen Rechtfertigung der Arbeiterbewegung lag die Gefahr, dass man sich in der reinen Betrachtung erschöpfte. Es fehlte die Anleitung zum politischen Handeln, will man darunter eine auf ein bestimmtes Endziel gerichtete Aktion verstehen. So lässt sich

¹ Franz Mehring, Johann Jacoby und die wissenschaftlichen Sozialisten. Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, I(1911) S. 454.

² Marx/Engels, Briefwechsel, III, S. 285.

³ Vgl. Mehring, Frühzeit S. 105. Es muss hier vermerkt werden, dass F. A. Lange kein Mitglied der Partei war.

auch der Bankier und Parteifinanzier Carl Höchberg in diese Linie einfügen, sieht man davon ab, dass ihm die gründliche philosophische Bildung Langes und Jacobys fehlte. Dem Herausgeber der „Zukunft“ stellte sich der Sozialismus als eine Stufe in einer Skala von Gefühlswerten dar; Sozialismus bedeutete ihm wesentlich moralische Anstalt. Man braucht nicht auf revolutionäre Heisssporne wie Johann Most hinzuweisen, um Höchbergs Haltung im politischen Leben deutlich umreissen zu können. Wie sehr unterschied er sich schon von jener politisch und organisatorisch tätigen Gruppe um Bebel und Liebknecht, zu der nach Schweitzers organisatorischem Handstreich 1869 und nach einer Begegnung mit Karl Marx noch der junge Braunschweiger Kaufmannssohn und Lassalleaner Wilhelm Bracke stiess.

Es war eben jene Gruppe, die in den weiteren Jahren das Bild der Partei prägte, die sich um die Theorie mühte, ohne jedoch sogleich theoretische Sicherheit zu erlangen. Es war die Zeit, in der Eduard Bernstein zur Partei kam und auch Kautsky den Marxismus zu begreifen suchte. Bis zum Erfurter Programm waren auf diesem Wege noch manche Schwierigkeiten zu überwinden, die der Partei zuweilen den Charakter eines ideologischen Konglomerats gaben.

So hakte die Diskussion besonders im Punkte „Umsturz und Neuordnung der Gesellschaft“ ein. Die Frage nach dem Verhältnis von parlamentarischer Aktion und Revolution, nach dem Inhalt des Revolutionsbegriffes überhaupt, wuchs sich zu einem Problem aus, das bis zur Novemberrevolution 1918 imgrunde die Parteidiskussion beherrscht hat. Und was in den 70er Jahren noch ein potentieller Gegensatz war, reifte in den Jahren nach der Jahrhundertwende zu einem echten Gegensatz heran. So konnte Robert Michels 1907 vom rein „verbalen Revolutionarismus der Bebel und Kautsky“ sprechen und folgendes Urteil fällen: „Die deutsche Sozialdemokratie wird gekennzeichnet durch die flagrantesten Widersprüche, die in ihr unter einem Dach und Fach wohnen: revolutionäre Intransigenz bei den Wahlen und antirevolutionärer Quietismus in der Gesamthaltung; Sonorität der Phrase in der Theorie und resignierte Biegsamkeit in der Praxis; flammendes Prophetentum in den Worten und fast absolute Bewegungslosigkeit in der Tat.“¹

So erscheint die Frage berechtigt, ob denn jenes eigentümliche Erstarren des revolutionären Schwungs bereits mit der Entscheidung für die parlamentarische Tätigkeit in nuce angelegt war, wie weit man

¹ Robert Michels, Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbands. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, XXV, 1 (1907) S. 219. Die neuere Literatur hat diese von Michels aufgewiesene Verhärtung des Gegensatzes von revolutionärer Phrase und politischer Tat wieder bestätigt.

eine revolutionäre Situation im Parlament fördern konnte und – hiermit verbunden – ob man sich nicht über die parlamentarischen Möglichkeiten täuschte.

Als revolutionäre Bewegung wurde die Sozialdemokratie schon zu Lassalles Zeiten empfunden, der vor dem Anklagesenat des Staatsgerichtshofes seinen Revolutionsbegriff offenbarte. Lassalle bezog sich auf seine Schrift „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ und sagte dazu: „Ich weise daselbst nach, dass das Wort Revolution gar keine andere Bedeutung hat als ein ‘neues Prinzip an die Stelle eines bestehenden Zustandes zu setzen’ und dass dies ebenso gut in vollstem Frieden und ohne alle Gewalt geschehen kann und in der Geschichte zu den wiederholtesten Malen in dieser Weise geschehen ist.”¹ Es erscheint so wesentlich an Lassalles Auffassung, dass über die Form der im Geschichtsablauf immanenten Revolution nichts ausgesagt ist. Die Frage nach dem Wege erscheint untergeordnet.² Und Zeitgenossen wie Franz Ziegler interpretierten Lassalles Revolutionsbegriff als „äusseren Ausdruck für das innerlich bereits Vollzogene“, wobei „das Notwendige als einfache Pflicht erscheint“.³ Über die Form ist auch hier nichts ausgesagt. So ist auch die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht von Lassalle durchaus als revolutionärer Akt empfunden worden, verstanden als pflichtschuldige Verwirklichung des Notwendigen. Es muss dabei – abseits jeder theoretischen Erörterung – die Frage gestellt sein, wie weit Lassalle überhaupt mit dem Gedanken eines gewaltsamen Umsturzes hätte spielen können. Dass in der eigenen Bewegung dieser Gedanke durchaus nicht von der Hand gewiesen wurde, macht ein Brief von Moses Hess an Lassalle deutlich, in dem es heisst: „Was mich betrifft, ich habe noch denselben Fanatismus für die soziale Bewegung, der mich seit achtundzwanzig bis dreissig Jahren beseelte... Stünde es in meiner Macht, die radikalen Sozialreformen durch revolutionäre Massregeln durchzusetzen... ich würde nicht nur Bürgers, sondern alle ‘Bürger’ über die Klinge springen lassen, die sich den proletarischen Bestrebungen widersetzen würden.“⁴ Es ist eben die Frage, ob sich Lassalle diesen radikalen Tönen verpflichten durfte, wenn er mit Bismarck zu gleicher Zeit in Koalition gegen das Bürgertum treten wollte. Wählte er das politische Mittel einer Verbindung mit den Konservativen, so musste er folgerichtig das revolutionäre Mittel des Aufstandes fallen lassen, wenn er es nur je erwogen haben sollte.

¹ Lassalle, VI, S. 387.

² Vgl. Kurt Brandis, a.a.O. S. 15 f.

³ Lassalle, V, S. (2) 1 ff. 15.4.1862. (Ziegler an Lassalle).

⁴ Ebd. S. 263 f. 9.12.1863.

In der Entscheidung der Richtung Bebel-Liebknicht für die Basler Beschlüsse der IAA lag grundsätzlich ein revolutionäres Ziel. Wer sich darum bemühte, die bestehende Eigentumsordnung aufzuheben und Gütergemeinschaft empfahl, der hatte sich eigentlich als revolutionär gekennzeichnet. Dass man wohl in ständiger Erwartung der revolutionären Befreiung des Proletariats „als zwingender Deduktion aus dem Wesen der industriellen Revolution“¹ lebte, erhellt aus mehreren Briefen von Bebel an Engels. Aber den Forderungen, die an eine politische Partei gestellt wurden, genügte der einfache Glaube an die Revolution als wesentlichem Faktor im Geschichtsprozess nicht. Konfrontiert mit der Tagespolitik, nahm sich der Revolutionsgedanke ganz anders aus. Die der neuen bürgerlichen Gesellschaftsordnung immanente Revolution bedurfte doch der Konkretisierung durch einen politischen Umsturz, was Engels 1847 in den „Grundsätzen des Kommunismus“ einfach als einen Vollzug der Notwendigkeit bezeichnete, ohne dabei etwas über Planung oder Lenkung politisch revolutionären Handels zu sagen. Das wusste Marx in seiner Kritik zum Gothaer Programm genauer auszurücken, wenn auch hier noch jene revolutionäre Anleitung fehlt, wie sie Lenin später formulierte. Marx schrieb 1875 in den Randglossen: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats“² und im „Bürgerkrieg in Frankreich“ sprach Marx hinsichtlich der Kommune, die von Bebel und seinen Freunden begrüßt wurde, auch über die Diktatur des Proletariats. Sicherlich vermochte ein solcher Begriff als Hilfe auf einem Weg dienen, von dem man zwar das Ziel hoffnungsfreudig zu kennen glaubte, dessen Verlauf jedoch noch wesentlich im Dunkeln lag. Gerade das Studium der Marxschen und Engelsschen Kritik³ zum Gothaer Programm gab Lenin nicht nur die Anleitung zur eigenen Revolutionstheorie, sondern liess ihn auch gleich eine „Dienstanweisung für den Revolutionär“ ausarbeiten.⁴ Was sich so später bei Lenin als eine glückliche Verbindung von sicherer Revolutionsgewissheit und revolutionärem Aktivismus ergab, blieb bei den Führern der Sozialdemokratie in der Diskussion stecken.

¹ Vgl. Hermann Bollnow, Engels' Auffassung von Revolution und Entwicklung in seinen „Grundsätzen des Kommunismus“ (1847), *Marxismusstudien*, I (1954) S. 89 f.

² Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms, *Neue Zeit* 1890-91, I, S. 573.

³ Die Kritik von Engels im Brief von E. an Bebel vom 18.-(28.) März 1875 in *Marx/Engels, Briefe an A. Bebel, W. Liebknicht, K. Kautsky und andere* (1933) S. 106 ff.

⁴ Vgl. dazu Richard Nürnberger, *Lenins Revolutionstheorie – Eine Studie über „Staat u. Revolution“*, *Marxismusstudien* I, S. 165.

So versuchte Wilhelm Liebknecht in einem Vortrag über die politische Stellung der Sozialdemokratie das Verhältnis von parlamentarischer Mitarbeit und ausserparlamentarischer revolutionärer Aktion abzuhandeln.¹ Das Revolutionsprinzip – die Pflege des Prinzipiellen unterschied die Eisenacher wesentlich von den Lassalleanern – erwies sich dem Marx-Schüler geeignet genug, von vornherein parlamentarische Mitarbeit abzulehnen, gipfelnd in dem Ausruf: „Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufgebung des Prinzips. Wer mit Feinden parlamentiert, parlamentiert, wer parlamentiert, paktiert.“ Liebknechts revolutionstheoretische Überlegungen ähneln durchaus denen, die in den „Grundsätzen des Kommunismus“ bereits dargelegt sind und resultieren schliesslich in der sicheren Erwartung der Krise als dem günstigen Zeitpunkt für die Revolution (Handelskrise als Ausdruck des Entwicklungszustandes der Gesellschaft bei Engels!). Revolution als Umsturz ist ihm die notwendige Folge eines revolutionären Entwicklungsprozesses, „der auch in den friedlichsten Perioden nicht ruht.“ Die Lösung der sozialen Frage – „sie gleicht nicht jener Fabelpflanze, deren Blüte, nachdem sie ein Jahrhundert in der Knospe geschlummert, plötzlich mit einem Knall aufspringt“ – ist diesem Prozess immanent. Die Realisierung der dem Geschichtsablauf innewohnenden Revolution durch revolutionären Umsturz erscheint Liebknecht dabei als eine reine Machtfrage, die „in keinem Parlament, die nur auf der Strasse, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist, gleich jeder anderen Machtfrage.“ Die Vorbereitung des revolutionären Bodens lässt somit parlamentarische Mitarbeit nur noch unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit und Zweckmässigkeit zu, niemals unter dem des Prinzips. Der Eintritt in das Parlament erschien nur noch zugänglich, wenn der Abgeordnetensitz gleichsam zur Tribüne eines „negierenden und protestierenden Standpunktes“ gemacht wurde.

So versuchte Liebknecht revolutionären Boden aufzubereiten, stiess aber dabei auf den heftigen Widerstand Bebels. Der Gegensatz zwischen Bebel und Liebknecht in den Fragen der parlamentarischen Mitarbeit kennzeichnet gleich jene Zwiespältigkeit, vor die sich die Arbeiterbewegung als Parteiorganisation gestellt sah. Die Frage lautete, ob es sich eine Partei in Erwartung des revolutionären Umsturzes bis zum Zeitpunkt der Krise erlauben konnte, in der Negation der bestehenden Ordnung zu verharren. War es politisch verantwortlich, sich angesichts der zunehmenden und Verbesserung ihrer Situation heischenden Anhängerschaft der Mitarbeit im Parlament zu versagen? Wobei diese Frage auch hinsichtlich der Funktion des Wählerauftrages

¹ Gedruckt im Demokratischen Wochenblatt vom 3.7. und 7.8.1869.

gestellt werden kann! Der aus der Bildungsarbeit kommende Politiker Bebel wird vielleicht der gesamten Problematik näher gestanden haben als der „revolutionäre Ideologe“ Liebknecht, wenn er die parlamentarische Mitarbeit grundsätzlich bejahte. Rückschauend schrieb Bebel dazu: „Zu dieser Auffassung eines revolutionären Standpunktes konnte ich mich nicht bekennen. Protestieren und negieren, wo es am Platze war, also vor allen Dingen gegen alles Schlechte und Verderbliche, aber zugleich auch agitieren im positiven Sinne, indem wir überall unsere Anträge zu den einzelnen Gesetzentwürfen stellten und damit zeigten, wie wir uns die Gestaltung der Dinge dachten. Indem wir diese Anträge stellten und Reden zu ihren Gunsten hielten... würden wir im höchsten Grade agitatorisch und propagandistisch wirken.“¹ Bebel sah sowohl Möglichkeit wie Notwendigkeit, sich „realpolitisch“ zu verhalten, ohne dass Prinzipien aufgegeben werden mussten. Ebenso wie ihn der Glaube an die Revolution beselte, besass er die Fähigkeit, seine Fraktion zur positiven Mitarbeit im Parlament zu bringen; zu diesem Punkte schrieb er noch am 18. November 1879 an Engels: (Wir werden, d.V.) „uns in der reinen Negation nicht halten können, die Masse verlangt, dass auch für das Heute gesorgt werde, unbeschadet dessen, was morgen kommt.“² Dass sich Bebel „hier und jetzt“ fruchtbar betätigen konnte, mag als Stärke und Vorteil gegenüber Liebknecht erkannt werden, zumal die Bewusstseinslage mancher Parteiführer wie auch der Masse der Mitglieder weniger auf Revolution als auf sozialpolitische Tätigkeit abgestimmt war. Aber es ist zugleich deutlich, wie eine solche Politik Gefahr laufen musste, sich im Sozialreformerischen bereits zu erschöpfen. Und hier lag zweifellos für andere politische Parteien die Möglichkeit, mit eigener sozialreformerischer Tätigkeit grundsätzlich gegen die Sozialdemokratie vorzugehen (Bismarck). Es war so auch nur konsequent gedacht, wenn Bebel gegen Liebknecht für die Eidesleistung eintrat. Dabei stand Bebel jedoch nicht an, den rein formalen Charakter des Schwurs zu betonen, der „uns in unseren republikanischen Ansichten nicht irritieren“ konnte.³ So wird die eigenartige Zwiespältigkeit der Situation bei Bebel noch einmal besonders deutlich, wenn er erzählt, dass Liebknechts negierender revolutionärer Standpunkt zum Agitationsmittel der Anarchisten geworden war und gegen die parlamentarische Arbeit benutzt wurde. Er habe auf diesen „unhaltbaren Zustand“ Mitte der achtziger Jahre auf einer Fraktionssitzung aufmerksam gemacht und Liebknecht veranlasst, die Neuauflage der in Druck erschienenen Berliner Rede mit einem, der allgemeinen Parteiauffassung

¹ Bebel, II, S. 164.

² Bebel an Engels, 18. November 1879. M/E Archiv. IISG Amsterdam.

³ Bebel an Engels, 11. Dezember 1879. M/E Archiv. IISG Amsterdam.

entsprechenden Vorwort herauszugeben. Sichtlich zufrieden schliesst Bebel mit den Worten: „Im weiteren hat dann auch Liebknecht auf dem St. Galler Kongress – Oktober 1887 – offen und rückhaltlos erklärt, er sei nunmehr zu der Ansicht gekommen, dass die praktische Tätigkeit in den Parlamenten eine Notwendigkeit und von grossem Vorteil für die Partei sei.“¹ Zugleich aber liess Bebel gerade in den 80-er Jahren nicht nach, in seinen Briefen an Engels von der bevorstehenden Revolution zu schreiben. Bebel redete von Revolution, dachte an Umwandlung wie Liebknecht, und unterschied sich doch so sehr von dessen 1869 geäusserten Thesen, da er revolutionäre Aktion nicht ausserhalb des Parlaments suchte, sondern im Rahmen des Parlamentarischen verharrte. Die parlamentarische Tätigkeit sollte bei ihm einen gleichsam revolutionären Akzent erhalten. So schrieb er 1884 an Engels: „Ich meinerseits taxiere die Dinge so, dass wir mit Riesenschritten der Revolution entgegengehen, und daher wir in einem gewissen Stadium unserer Reichstagstätigkeit uns nicht bloss damit begnügen dürfen, Anträge zu stellen, die sich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft noch bewegen. Wir müssen vielmehr die Fahne ganz aufhissen und in Form von Resolutionen dem Reichstag und der Gesellschaft sagen, welche grundstürzenden Umwandlungen vorgenommen werden müssen, soll die Gesellschaft befriedigt werden.“² Es ist dabei auffällig, wie sehr Bebel ausschliesslich dem Entwicklungsgedanken huldigte. Die Definition der Revolution beschränkte sich auf die Immanenz im Geschichtsprozess. Schon im Leipziger Hochverratsprozess wurde das deutlich. Hier bezog sich Bebel ausdrücklich auf Hess’ „soziale Revolution“, wobei die revolutionäre Entwicklung sogar durch eine genaue Zeitdauer umschrieben wurde (Franz. Revolution bis zu den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts). Liebknecht seinerseits schränkte die revolutionären Erörterungen seiner Berliner Rede ein, indem er auf den Entwicklungscharakter hinwies und Revolution im engeren Sinne, definiert als Strassenschlacht, zunächst einmal ausschaltete.³ Die Kommune hatte man kurz zuvor begrüsst.

Ohne Zweifel haben beide in der Kommune ein günstiges Zeichen für die revolutionäre Reife erblickt, und 10 Jahre später, im Jahre 1881, war Bebels Gewissheit noch gestiegen. So schrieb er an Engels: „Ich kann entsprechend meinen früheren Briefen und wiederholt konstatieren, dass sich die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit der Situation und dem Herannahen einer Katastrophe weiter und weiter verbreitet.

¹ Bebel, II, S. 166.

² Bebel an Engels. 28. November 1884. M/E Archiv. IISG Amsterdam.

³ Vgl. Der Hochverrats-Prozess wider Liebknecht, Bebel, Hepner (1911)² S. 406 und 456.

Wenn die Dinge, wie gar nicht zu zweifeln ist, sich so weiter entwickeln, halte ich es für möglich, dass in einem gewissen Moment die herrschenden Klassen sich in einer Art hypnotischen Zustandes befinden und fast widerstandslos alles über sich ergehen lassen.¹ Dabei versäumte Bebel nicht, gleichzeitig auf die Unzulänglichkeit des Parlamentarismus, wie er sich bisher in der „liberalen“ und „reaktionären Gesetzgebung“ geäußert habe, hinzuweisen und die Erfolge neuer Ideen im parlamentarischen Leerlauf in Aussicht zu stellen.²

Man wird sicherlich nicht verkennen dürfen, dass Bebels Äusserungen in der Auflehnung gegen das Sozialistengesetz getan wurden; dennoch muss ihnen prinzipieller Charakter zuerkannt werden. Das Prinzip ist der Glaube an eine Umgestaltung der Gesellschaft am Ende des Revolutionsprozesses. Eigene vorzeitige Aktion zur Beschleunigung des Ablaufs wurde dabei ausgeschlossen. Bebel hing völlig dem Evolutionsgedanken an, und hiermit liess sich durchaus vorläufige parlamentarische Mitarbeit vereinen. Abgesehen davon, dass es bei einer solchen passiven Betrachtung des Geschehens des Umsturzplanes ermangeln musste, schloss die ständige nichterfüllte Erwartung, die von einem vorausgesagten Höhepunkt revolutionärer Reife zum anderen eilte, die Gefahr der Ermüdung und Verflachung ein. Mochte in den ersten Jahren die revolutionäre Verheissung noch durchaus hinter der parlamentarischen Arbeit gestanden haben, so trat doch im Laufe der Zeit eine Loslösung beider Komponenten ein. Die parlamentarische Mitarbeit wurde zur parlamentarischen Übung und schob sich immer mehr in den Schwerpunkt der Betrachtung. Der Revolutionsgedanke zog sich an die Peripherie zurück und entwickelte sich zur Organisationsideologie, die in diesem Punkte kaum noch einen konkreten Inhalt besass, sondern lediglich als traditionsträchtig betrachtet werden kann. Die Revisionisten um Vollmar und Bernstein fanden hier einen günstigen Ausgangspunkt ihrer Kritik, und eine ihrer wesentlichen Funktionen darf man darin sehen, dass sie das fortzuräumen trachteten, was aus dem Munde von Kautsky und Bebel ohnehin nicht mehr ganz glaubwürdig klang.³ Dass von der anderen Seite Rosa Luxemburg ebenso deutliche Forderungen stellte, zeigt die ganze Zwiespältigkeit der Situation, in die der Parteivorstand hineingeraten war.

¹ Bebel an Engels. 28. März 1881. M/E Archiv. IISG Amsterdam.

² Bebel an Engels. 13. Juni 1881. M/E Archiv. IISG Amsterdam.

³ Zu diesem Punkte schrieb F. O. Hertz an Bernstein: „... und überdies steht ja ihre Kritik der bisherigen praktisch-politischen Thätigkeit der Partei nicht gegenüber, wie ‘positiv’ etwa zu ‘negativ’, sondern ‘Was sie ist, das wage sie zu scheinen!’“ (Bernstein-Archiv. Nicht datiert. IISG Amsterdam).

„Die Arbeiterklasse ist revolutionär, oder sie ist nichts“, schrieb Marx 1865 an Engels¹. Es drängt sich die Frage auf, wie weit denn das Bewusstsein der Arbeiterschaft über ihre Klassensituation fortgeschritten war und in welchem Verhältnis Klassenbildung und ideologische Entwicklung zueinander standen. Daneben wird notwendig beantwortet werden müssen, in welchem Masse sich der Einfluss von Marx und Engels auf die deutsche Arbeiterbewegung geltend gemacht hat. Dass man sich von London aus über das Klassenbewusstsein zunächst keinen Illusionen hingab, erhellt aus einem Brief von Engels an F. A. Lange, in dem es heisst: „Den Leuten in Deutschland muss der Proletarierstolz noch kommen.“² Es war natürlich, dass Marx und Engels in dem Wunsch, die deutsche Arbeiterbewegung zu einem starken Kader der IAA herauszubilden, sich auf ihren Schüler Liebknecht stützten. Aber dem internationalen Denken von Marx standen nationale Schwierigkeiten gegenüber, die zu meistern Liebknecht in den Augen der beiden Alten nicht immer der richtige Mann schien. Der Gegensatz zwischen ideologischer Forderung und nationalen Möglichkeiten erwies sich als schwieriges Hindernis, und Liebknechts streng anti-preussische Haltung wahr in der Tat nicht geeignet, die Situation zu erleichtern. Hier setzte dann auch die Kritik der Londoner an, die hinsichtlich der Form zuweilen nicht mit dem übereinkam, was man gemeinhin unter Kritik zu verstehen pflegte. Es blieb dabei nicht beim Tadel an der politischen Praxis. Darüber hinaus begannen sie auch Zweifel an der theoretischen Fähigkeit des hessischen Bürgersohnes zu hegen. Es wurde bald deutlich, dass man die allgemeine politisch-ideologische Ordnung der politischen Tagesforderung nicht immer überordnen konnte, und ob Marx und Engels von ihrer Londoner Warte aus die Tagespolitik immer durchschaut haben, ist in Parteikreisen zumindest bezweifelt worden. Zeugnis mag dafür ein Brief von F. O. Hertz an Bernstein ablegen, in dem es heisst: „Komisch ist folgender Fall. Derselbe Liebknecht, der ausrief ‘Ein Geist, wie Marx musste in England leben etc.’, sagte auf dem Erfurter Parteitag: ‘Hoch steht mir Marx, höher die Partei’ und erzählte dann, wie er aus *opportunistischen* Gründen Marx entgegenhandelte, der Bruch mit den Lassalleanern wollte und der – man höre! – *von England aus die Dinge in Deutschland nicht so beurteilen konnte*“.³ Will man Liebknechts Worte auch nicht als eine nachträgliche Missbilligung des Marxschen

¹ Marx/Engels, Briefwechsel, III, S. 286. 18.2.'65.

² Geschrieben am 29. März 1865. Angeführt bei Ernst Engelberg, Die Rolle von Marx und Engels bei der Herausbildung einer selbständigen deutschen Arbeiterpartei, II. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, II, 5 (1954) S. 637.

³ F. O. Hertz an Eduard Bernstein. Bernstein-Archiv. Nicht datiert. IISG. Wahrscheinlich um die Jahrhundertwende geschrieben. Die Unterstreichungen (hier kursiv) sind von F. O. Hertz.

Verhaltens werten, so wird man sich doch ein Bild von den Schwierigkeiten machen können, denen sich die Partei in der Tagespolitik gegenüber sah. Hatte man sich einmal für positive parlamentarische Mitarbeit entschieden, dann musste man eine durchaus kompromisswillige Haltung einnehmen. Ideologische Belastung schien dann nicht immer zuträglich. Selbst ein besonnener Geist wie Bebel fühlte sich durch die harte Londoner Kritik zuweilen gekränkt. Bebel schrieb dazu 1879 an Engels: „Wir werden Eure Kritik stets gern entgegennehmen, und wir wünschen auch, dass Ihr sie im Blatte selbst, nur nicht in verletzender Form, ungeniert übt... Im ganzen glaube ich sagen zu dürfen, dass wir weit besser Eure Stellung begreifen, wie Ihr die unsrige, und daraus geht hervor, welche Seite die Schwierigere ist.“¹

Es wäre jedoch verfehlt, wollte man nun die Partei als in „opportunistischer Tagespolitik“ aufgehend charakterisieren. Die Parteiarbeit war mehr als Fraktionsarbeit im Reichstag. Zugleich nämlich versuchte man in der eigenen Presse oder auf der Basis des Ortsvereins die Arbeiter theoretisch zu schulen. Und dies erwies sich als schwierige Aufgabe. Das lag nicht allein an den Voraussetzungen, die man bei der Arbeiterschaft vorfand. Schwierigkeiten verursachte ebenso die Materie selbst. So ist es zu verstehen, dass sich Bebel und Liebknecht oft nach London um Rat wandten und die Verbindung nach dort nicht abreißen liessen. Die publizistische Tätigkeit Liebknechts im „Demokratischen Wochenblatt“ zeigt darüber hinaus, wie er schon in den Jahren 1866/67 versuchte, aus diesem Blatt ein Organ der Arbeiterbewegung zu machen, obwohl doch die Belange der Volkspartei nicht auf den sozialen Bereich beschränkt waren. Mag Tätigkeit dieser Art durchaus ihre Erfolge gezeitigt haben, von einem starken Einfluss der Marxschen Lehre mit dem Erscheinen des 1. Bandes des „Kapital“ 1867 zu sprechen, wie Ernst Engelberg es feststellen will, erscheint jedoch etwas abwegig. Die gute Rezension von Joseph Dietzgen, die in zwei Nummern des „Demokratischen Wochenblatt“ erschien, wird kaum auf eine ausgeprägte Bewusstseinslage der Arbeiterschaft schliessen lassen, zumal der Kampf gegen die Lassalleaner nur geeignet war, die Geister zu verwirren, nicht aber unbedingt klärend zu wirken. Der Lassalleanismus war tief eingedrungen und liess sich nicht in wenigen Augenblicken fortwischen oder „wegdiskutieren“, wie sich Bebel in einem Brief an Engels ausdrückte.² Und wenn Liebknecht an Marx schreibt: „Möge sie bald fertigwerden (die französische Ausgabe des ‘Kapital’, d.V.), damit die

¹ Bebel an Engels. S. S. 384, Anm. 2.

² Bebel, II, S. 294.

Proudhon'schen Spinnweben endlich aus den Französisch-Belgischen Schädeln gefegt werden. – Die Lassalleschen Spinnweben sind auch nicht zu vergessen, und es ist an dir den bahnbrechenden [Schritt, d.V.] zu tun",¹ dann ist einiges über den Einfluss Lassalles ausgesagt.

Die Erziehungsfrage, wie Bebel es nannte, gestaltete sich demnach doppelt schwierig, zumal nicht wenige der Parteiführer über Lassalle zu Marx gekommen waren. Was Engels in dem oben zitierten Brief an F. A. Lange als „fehlenden Proletarierstolz“ bezeichnete, definierte er in einem Brief an Marx als „tory-chartistischen“ Charakter, der durch Lassalle in die Bewegung gebracht sei.² Zwar schrieb Bebel Ende des Jahres 1884 an Engels: „Kurz, der Klassengegensatz ist in Deutschland heute so ausgeprägt als irgendwo, er ist aber mehr als irgendwo in der Welt den Massen *zum Bewusstsein* gekommen.“³ Aber auch noch für jene Jahre wird man Bebels Ausspruch vorsichtig aufnehmen müssen, weiss man doch, dass er gerade zu jener Zeit oft freudige Revolutionshoffnung äusserte. In den ersten Jahren erangelte es ganz allgemein der Kenntnis der wesentlichen Literatur. Das Kommunistische Manifest wurde erst zu Beginn der 70er Jahre bekannt – das Eisenacher Programm beruhte auf dem Chemnitzer Programm der Volkspartei, verbunden mit den Nürnberger Leitsätzen.⁴ Bebel hatte Mühe, eine „schwere Schrift“ wie die „Kritik der politischen Ökonomie“ oder das „Kapital“ geistig zu verdauen.⁵ Und so erging es nicht nur Bebel, der weniger Intellektueller als Parteipraktiker war.

Die schwierige Materie erschwerte die Breitenarbeit. Missverständnisse, halbverdautes Wissen, intellektuelle Eigenbröteleien und schliesslich persönliche Intrigen waren wenig geeignet, sie fruchtbar zu gestalten. Angesichts der Verwirrung der Geister, die sich insbesondere vom Gothaer Vereinigungsparteitag bis zur Affäre Dühring-Most bemerkbar machte, setzte Engels seine Hoffnungen auf die Parteimassen. So schrieb er an Liebknecht Ende Juli 1877: „Ich habe nie gesagt, die Masse Eurer Leute wolle keine wirkliche Wissenschaft. Ich sprach von der Partei, und diese ist, als was sie vor der Öffentlichkeit, in Presse und Kongressen, sich gibt. Und da herrscht jetzt die Halbbildung und der sich zum Literaten aufblasende Exarbeiter vor... Eine gesunde Partei schwitzt auf die Dauer manches wieder aus, aber es ist ein langer und schwieriger Prozess, und die Gesundheit der

¹ Liebknecht an Marx. 16. Mai 1873. M/E Archiv. IISG Amsterdam. Das in eckige Klammern gefügte Wort ist in der Handschrift nicht deutlich lesbar. Es muss wahrscheinlich „Schritt“ heissen.

² Marx/Engels, Briefwechsel, III, S. 279, 13. Februar 1865.

³ Bebel an Engels. 24. November 1884. M/E Archiv. IISG Amsterdam.

⁴ Hochverrats-Prozess S. 144.

⁵ Bebel, I, S. 131.

Massen ist sicher kein Grund, ihnen ohne Not eine Krankheit einzupflanzen.“¹ Engels schrieb dies, nachdem sich Liebknecht an ihn – auch unter dem Eindruck der ideologischen Wirren – hinsichtlich der geistigen Aufnahmebereitschaft der Masse der Anhänger in einem ähnlichen Sinne ausgedrückt hatte. Liebknecht hatte geschrieben: „Du irrst, wenn Du glaubst, die Masse unserer Leute sei gegen wissenschaftliche Artikel. Das ist bloss eine winzige Minderheit, auf die aber bis jetzt Rücksicht genommen werden musste – wenn auch nur äusserlich. Ich wollte, wir (Du, Mohr und ich) könnten einmal zwei Wochen lang zusammen durch Deutschland bummeln. Ihr solltet Eure Freude haben. Gerade der unverdorbene, mit richtigem Instinkt noch der echten Wissenschaft und Wissenschaftlichkeit sich zuwendende Sinn unserer Arbeiter ist’s, was über so viel Arges und Dreck mich hinwegsetzen und den Geduldsfaden nicht reissen lässt.“²

Ohne eine fortschreitende Bewusstseinsbildung innerhalb der Arbeiterbewegung in Abrede stellen zu wollen, wird man Liebknechts Worte ebenso vorsichtig begreifen müssen wie die Bebels, sieben Jahre später geschrieben. Und es wird kaum abwegig erscheinen, versteht man die Sätze über den „richtigen Instinkt für Wissenschaftlichkeit“ als eine Flucht aus dem Wirrwarr der intellektuellen Streitigkeiten exponierter Parteipersonlichkeiten in die geistig ruhige, alle Möglichkeit der Gestaltung noch bietende breite Anhängerschaft.

Erhöhte Anforderungen an die Bewusstseinsformung wurden dabei insofern gestellt, als es darum ging, nationales Denken im internationalen Verband zu überwinden. Die ideologischen Schwierigkeiten innerhalb der Internationalen sollen hier noch ausser acht gelassen werden. Es kann sicher nicht bezweifelt werden, dass der Gedanke der Internationalen seit dem Nürnberger Vereinstag immer mehr Fuss fasste.³ Allein diese Tatsache vermochte nichts gegen das preussische Vereinsgesetz auszurichten, das einem Verbands geschlossen den Übertritt in die Internationale verbot. So musste man auf den Beitritt der einzelnen Mitglieder warten, und hier wurde bald deutlich, dass die I. Internationale nicht nur ideologische, sondern auch wesentlich finanzielle Probleme hatte. Das lässt sich zumindest aus einem Brief von Engels an Liebknecht vom Dezember 1871 schliessen, in dem es heisst: „Wie Ihr glauben könnt, die andern Nationen müssten die Kosten für Euch tragen, während Ihr *‘im Geist’* mitten unter ihnen seid wie Jesus Christus, aber Euer Fleisch und Euer

¹ Marx/Engels, Briefe an Bebel, S. 161. 31. Juli 1877.

² Liebknecht an Engels. 21. Juli 1877. M/E Archiv, IISG Amsterdam.

³ Hier wird man Engelberg, Rolle Marx-Engels II, S. 653 beipflichten.

Geld salviert – ist mir unbegreiflich.”¹ Und ein halbes Jahr später rügt er den schlappen Verkauf von Beitrittsmarken,² obwohl ihm Liebknecht schon 1869 geschrieben hatte: „Auf viele individual memberships ist in Deutschland nicht zu rechnen und entre nous halte ich es auch gar nicht für nötig.”³ Der Wunsch der beiden Londoner, die Internationale möglichst schnell als umfassende Bewegung zu gestalten, übersah in seinen hochfliegenden Plänen die „nationale Misère”, in der die Partei steckte, und stiess auf Hindernisse, die sich – gemessen am Ziel der internationalen Bewegung – klein ausnahmen, aber konkret genug waren, um die ganze nationale Bewegung aufs Spiel zu setzen. Es muss dabei noch gefragt werden, wie weit bei aller positiven Einstellung gegenüber dem internationalen Gedanken die Streitigkeiten zwischen Marxisten und Bakunisten geeignet waren, die Arbeiter weiter zu interessieren, die, traten sie der Internationalen bei, nach der „staatsanwaltschaftlichen Theorie” eine „Hochverrat vorbereitende Handlung” begingen.

Und die Frage muss noch erweitert werden! Wie weit konnte die ideologische Unordnung in den eigenen Reihen dem internationalen Gedanken förderlich sein? Dabei mag man noch absehen von dem schon im Ursprung angelegten Streit mit den Lassalleanern, und es soll auch die Dühring-Affäre nicht näher beleuchtet werden, die bei aller Flüchtigkeit ein scharfes Licht auf das theoretische Gemengsel in der Partei warf; wesentlicher als jene imgrunde ja von aussen hineingetragene Diskussion erscheinen doch die kleinen Unstimmigkeiten, die aus dem engeren Parteikreis selbst geboren wurden und im Lichte der theoretischen Unsicherheit gesehen werden dürfen. Sachliche Auseinandersetzungen wechselten mit persönlichen Angriffen, die durchaus scharfe Formen annehmen konnten und zuweilen den Wunsch nach einer „versöhnlichen Persönlichkeit” laut werden liessen.⁴ Der Parteifinanzier und Bankier Höchberg rückte dabei vorübergehend in den Mittelpunkt des Interesses. Von ihm sagte Marx, dass er sich in die Partei einkaufen wolle und im übrigen an der „modernen Mythologie” leide.⁵

Ein Studium der Höchberg-Zeitschrift „Die Zukunft” sowie der Briefe an Bernstein lehrt nun, dass Höchberg in der Tat die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus nicht anerkannte. Es wäre verfehlt, ihn als Anhänger der Marxschen Lehre – soweit diese durchgedrungen –

¹ Marx/Engels, Briefe an Bebel S. 41 ff. 15. Dezember 1871.

² Ebd. S. 68 ff. 15. – (22.) Mai 1872.

³ Liebknecht an Engels. 8. Dezember 1869. M/E Archiv. IISG Amsterdam.

⁴ Karl Höchberg an Eduard Bernstein. 8. Juni 1884. Bernstein-Archiv. IISG, Amsterdam.

⁵ Marx/Engels, Briefwechsel, IV, S. 560 f. 1. August 1877.

zu bezeichnen. Ihn überhaupt in eine ideologische Kategorie zu fügen, lässt sich nicht durchführen. Die innere Struktur seiner Zeitschrift mag man als Konglomerat zahlreicher „herrschender Parteimeinungen“ erkennen. „Die ganze Stimmung *aller* Parteikreise zum Ausdruck (zu) bringen“, war Höchbergs Wunsch hinsichtlich des Zürcher „Sozialdemokraten“.¹ In der „Zukunft“ wurde dieser Wunsch weitgehend verwirklicht. Welch' heterogene Zusammenstellung von Autoren! Neben Bebel und Max Kayser kamen Johann Most und Artur Mülberger zu Wort, neben C. A. Schramm und Guesde veröffentlichte Benoît Malon seine Arbeiten! In dem von Höchberg selbst geschriebenen Einleitungsartikel der ersten Nummer wird Sozialismus als Gefühlswert begriffen und die objektive wissenschaftliche Notwendigkeit, der zwingende Ablauf, in eine subjektive moralische Wahrheit oder Wahrheit der Moral umgedeutet. „Gerechtigkeitsgefühl“ und „Selbsterhaltungstrieb“ sind Begriffe, mit denen hier vielfach gearbeitet wird. Höchberg stand auf dem Boden der sozialpolitischen Reform, die bei ihm – und das macht vor allem der Einleitungsartikel deutlich – imgrunde der kategorische Imperativ rechtfertigte. Das ermöglichte ihm zugleich, grosse Beweglichkeit in der praktischen Politik zu zeigen, die von Prinzipien nicht beschwert war. Prinzipienreiterei erschien ihm geradezu lächerlich. Politik verstand er als ein der „Opportunität“ angepasstes Handeln, das sich durch wissenschaftliche Sentenzen nicht bestimmen liess. So schrieb er hinsichtlich der Alternative „Monarchie – Republik“ an Bernstein: „Man ist heutzutage der Ansicht, dass das Wohl der Völker die erste Bedingung ist, nach der man strebt; geht es in einem Falle besser monarchisch, gut. Geht es besser republikanisch: nun so müssten die Chancen abgewogen werden. Auf das übrige pfeife ich. Ein *Recht*, eine *Moral*, eine *Staatsform* lassen sich überhaupt nicht wissenschaftlich begründen, das ist alles Gefühlssache. Liesse es sich begründen, so wären wir schön heraus; dann könnte man es wie den pythagoreischen Lehrsatz oder wie die Chemie in der Schule und Hochschule lehren lassen.“² Die Reform der Gesellschaft erfordert also in jedem einzelnen Schritte eine sorgfältige Analyse der politischen Umgebung, was eben nur von jenen getan werden konnte, die selbst in jener Umgebung wirkten. Von da auch, dass Höchberg sich gegenüber Bernstein in missbilligenden Worten über die politische Einflussnahme von Marx und Engels ausliess.³

¹ S.o. S. 391, Anm. 4; *alles* ist von Höchberg unterstrichen.

² Karl Höchberg an Eduard Bernstein. 28. Oktober 1884. Bernstein-Archiv. IISG Amsterdam. Unterstreichungen von Höchberg.

³ In dem unter Anm. 2 zitierten Briefe fallen sehr heftige Worte über Engels, dem politisches Urteil völlig abgesprochen wird; der kein Urteil haben könne, da er schlecht orientiert sei.

Höchbergs Betonung einer am tagespolitischen Geschehen orientierten Taktik, wie sie in den Briefen an Bernstein zum Ausdruck kommt, erinnert an den oben zitierten Brief von Hertz an Bernstein, in dem Hertz fordert, die Partei solle den Mut haben zu scheinen, was sie tatsächlich sei. Es ist zugleich reizvoll zu wissen, dass Höchbergs Ermahnungen gerade an Bernstein, einen der Führer des späteren Revisionismus, gerichtet waren. Zu jener Zeit versuchte Bernstein gerade, sich Marx' Lehre zu eigen zu machen. Es hat nicht den Anschein, als ob Bernstein durch Höchberg beeinflusst worden sei, aber abgesehen davon wird man sagen dürfen, dass bei Höchberg der Reformismus in nuce angelegt war, frei von jeder theoretischen Belastung, nur den tagespolitischen Möglichkeiten sozialer Reform zugewandt.

Höchberg starb bereits 1885. Nach seinem Tode waren die Schwierigkeiten nicht überwunden. Sie blieben bestehen, und mit ihnen waren die Namen Kautsky, Bernstein und Luxemburg verbunden. Neue Namen, aber imgrunde keine neue Problematik. Altes wurde lediglich neu durchgefochten.